

Washingtons Wahn der endlosen Weltherrschaft

23. März 2021

Von Alfred W. McCoy

Wie das britische Establishment der 1950er Jahre haben die derzeitigen Führer der US-Außenpolitik so lange an der Spitze der Welt gestanden, dass sie vergessen haben, wie sie dorthin gekommen sind, schreibt Alfred W. McCoy.

Imperien leben und sterben durch ihre Illusionen. Visionen von Ermächtigung können Nationen dazu inspirieren, die Höhen der globalen Hegemonie zu erklimmen. Genauso können aber auch Illusionen von Allmacht schwindende Imperien in die Vergessenheit stürzen lassen. So war es mit Großbritannien in den 1950er Jahren und so könnte es mit den Vereinigten Staaten heute sein. Bis 1956 hatte Großbritannien sein globales Imperium ein Jahrzehnt lang schamlos ausgebeutet, um seine heimische Wirtschaft aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zu befreien. Es freute sich darauf, dies noch viele Jahrzehnte lang zu tun. Dann bemächtigte sich ein obskurer ägyptischer Armeeoberst namens Gamal Abdel Nasser des Suezkanals und Großbritanniens Establishment brach in einem Paroxysmus rassistischer Empörung aus. Der damalige Premierminister Sir Antony Eden schmiedete eine Allianz mit Frankreich und Israel, um sechs Flugzeugträger in die Suez-Region zu schicken, Ägyptens Panzertruppen in der Wüste Sinai zu zerschlagen und seine Luftwaffe vom Himmel zu fegen.

Aber Nasser begriff die tiefere Geopolitik des Imperiums auf eine Weise, die die britischen Führer längst vergessen hatten. Der Suezkanal war das strategische Scharnier, das Großbritannien mit seinem asiatischen Imperium verband - mit den Ölfeldern von British Petroleum im Persischen Golf und den Seewegen nach Singapur und darüber hinaus. Also füllte er in einer geopolitischen Meisterleistung einfach ein paar rostige Frachter mit Steinen und versenkte sie am Eingang des Kanals, wodurch dieses Scharnier mit einer einzigen Geste zerbrach. Nachdem Eden gezwungen war, die britischen Streitkräfte in einer demütigenden Niederlage zurückzuziehen, zitterte das einst mächtige britische Pfund am Abgrund und über Nacht schien das Gefühl der imperialen Macht in England zu verschwinden wie eine Fata Morgana in der Wüste.

Zwei Jahrzehnte des Wahns

In ähnlicher Weise findet Washingtons Hybris ihre Nemesis in Chinas Präsident Xi Jinping und seiner großen Strategie zur Vereinigung Eurasiens zum größten Wirtschaftsblock der Welt. Zwei Jahrzehnte lang, als China Schritt für Schritt zur globalen Eminenz aufstieg, war Washingtons Machtelite in der Gürtellinie geblendet von ihren übergreifenden Träumen von ewiger militärischer Allmacht. Dabei hat sich Washingtons China-Politik von der Administration Bill Clintons bis zu der von Joe Biden von einer Illusion direkt in einen Zustand der überparteilichen Verblendung verwandelt.

Damals, im Jahr 2000, glaubte die Clinton-Regierung, dass Peking, wenn es in die Welthandelsorganisation aufgenommen würde, das globale Spiel strikt nach Washingtons Regeln spielen würde. Als China stattdessen anfang, imperiales Hardball zu spielen - Patente zu stehlen, Unternehmen zu zwingen, Handelsgeheimnisse preiszugeben, und seine Währung zu manipulieren, um seine Exporte zu steigern - tadelte die Elitezeitschrift Foreign Affairs, dass solche Anschuldigungen "wenig Verdienst" hätten, und drängte Washington, "einen totalen Handelskrieg" zu vermeiden, indem es lerne, "Unterschiede zu respektieren und nach Gemeinsamkeiten zu suchen". Innerhalb von nur drei Jahren begann eine Flut von Exporten, die von Chinas Niedriglohnarbeitern, die aus 20 Prozent der Weltbevölkerung stammen, produziert wurden, Fabriken in ganz Amerika stillzulegen. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO begann daraufhin, Peking zu beschuldigen, seine Waren in den USA illegal zu "Dumpingpreisen" unter dem Marktpreis anzubieten. Die Regierung von George W. Bush wies die Anschuldigungen jedoch aus Mangel an "schlüssigen Beweisen" zurück und erlaubte Pekings Exportmoloch, ungehindert weiter zu mahlen.

Die meiste Zeit ignorierte das Weiße Haus unter Bush und Cheney China einfach, stattdessen marschierte es 2003 in den Irak ein und startete eine Strategie, die den USA eine dauerhafte Herrschaft über die riesigen Ölreserven des Nahen Ostens verschaffen sollte. Als Washington sich 2011 aus Bagdad zurückzog, nachdem es bis zu 5,4 Billionen Dollar für die fehlgeleitete Invasion und Besetzung dieses Landes verschwendet hatte, hatte Fracking Amerika am Rande der

Energieunabhängigkeit zurückgelassen, während Öl sich zu Korkholz und Kohle als ein Brennstoff gesellte, dessen Tage gezählt waren, was den zukünftigen Nahen Osten möglicherweise geopolitisch irrelevant machte.

Während Washington Blut und Schätze in den Wüstensand schüttete, machte sich Peking zur Werkstatt der Welt. Es hatte 4 Billionen Dollar an Devisen angehäuft, die es in ein ehrgeiziges Projekt namens "Belt and Road Initiative" zu investieren begann, um Eurasien durch das größte Infrastrukturprojekt der Geschichte zu vereinen.

In der Hoffnung, diesen Schritt mit einem kühnen geopolitischen Schachzug zu kontern, versuchte Präsident Barack Obama, China mit einer neuen Strategie in Schach zu halten, die er als "Schwenk nach Asien" bezeichnete. Sie sollte eine globale militärische Verlagerung der US-Streitkräfte in den Pazifik und eine Anziehung des eurasischen Handels in Richtung Amerika durch eine neue Reihe von Handelspakten mit sich bringen.

Der abstrakt brillante Plan stieß bald kopfüber auf einige harte Realitäten. Zunächst erwies es sich als viel schwieriger als gedacht, das US-Militär aus dem Schlamassel herauszuholen, den es im Nahen Osten angerichtet hatte. In der Zwischenzeit erwies es sich als unmöglich, große globale Handelsabkommen zu verabschieden, während der Anti-Globalisierungs-Populismus in Amerika wuchs - angeheizt durch Fabrikschließungen und stagnierende Löhne.

Selbst Obama unterschätzte die Ernsthaftigkeit von Chinas anhaltender Herausforderung der globalen Macht seines Landes. "Über das gesamte ideologische Spektrum hinweg teilten wir in der US-Außenpolitik", so schrieben zwei hochrangige Obama-Beamte später, "die zugrundeliegende Überzeugung, dass die Macht und Hegemonie der USA China leicht nach dem Geschmack der Vereinigten Staaten formen könnte... Alle Seiten der politischen Debatte irrten."

Donald Trump brach mit dem Konsens des Gürtels über China und verbrachte zwei Jahre seiner Präsidentschaft damit, einen Handelskrieg zu führen, weil er glaubte, er könne Amerikas wirtschaftliche Macht - am Ende nur ein paar Zölle - nutzen, um Peking in die Knie zu zwingen.

Trotz der unglaublich erratischen Außenpolitik seiner Regierung würde sich die Anerkennung von Chinas Herausforderung als überraschend konsequent erweisen. Trumps ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater H.R. McMaster stellte beispielsweise fest, dass Washington "eine Nation ermächtigt hat, deren Führer nicht nur entschlossen sind, die Vereinigten Staaten in Asien zu verdrängen, sondern auch ein rivalisierendes Wirtschafts- und Regierungsmodell weltweit zu fördern." In ähnlicher Weise warnte Trumps Außenministerium, dass Peking "hegemoniale Ambitionen" hege, die darauf abzielten, "die Vereinigten Staaten als die führende Weltmacht zu verdrängen".

Am Ende würde Trump jedoch kapitulieren. Bis Januar 2020 würde sein Handelskrieg die US-Agrarexporte vernichten und gleichzeitig der kommerziellen Lieferkette schwere Verluste zufügen, was das Weiße Haus dazu zwingen würde, einige dieser Strafzölle im Austausch für Pekings nicht einklagbare Versprechen, mehr amerikanische Waren zu kaufen, zurückzunehmen. Trotz einer feierlichen Unterzeichnungszeremonie im Weißen Haus stellte dieser Deal kaum mehr als eine Kapitulation dar.

Joe Bidens imperiale Illusionen

Selbst jetzt, nach 20 Jahren des parteiübergreifenden Scheiterns, halten Washingtons imperiale Illusionen an. Die Biden-Administration und ihre außenpolitischen Experten scheinen zu glauben, dass China ein Problem wie Covid-19 ist, das man einfach dadurch in den Griff bekommen kann, dass man der Un-Trump ist. Im vergangenen Dezember schrieben zwei Professoren in der Establishment-Zeitschrift *Foreign Affairs* bezeichnenderweise, dass "Amerika eines Tages auf China so zurückblicken könnte, wie sie heute die Sowjetunion sehen", nämlich "als einen gefährlichen Rivalen, dessen offensichtliche Stärken Stagnation und Verwundbarkeit verdeckten."

Sicher, China mag die USA in vielen wirtschaftlichen Kennzahlen übertreffen und seine militärische Macht ausbauen, sagte Ryan Hass, der ehemalige China-Direktor in Obamas Nationalem Sicherheitsrat, aber es ist nicht drei Meter groß. Chinas Bevölkerung, so Hass, werde immer älter, die Verschuldung steige und die Politik werde "zunehmend sklerotisch". Im Falle eines Konflikts sei China geopolitisch "verwundbar, wenn es um Lebensmittel- und Energiesicherheit geht", da seine Marine nicht verhindern könne, "dass es von lebenswichtigen Lieferungen abgeschnitten wird."

In den Monaten vor der Präsidentschaftswahl 2020 begann ein ehemaliger Beamter in Obamas Außenministerium, Jake Sullivan, für die Ernennung als Bidens nationaler Sicherheitsberater vorzusprechen, indem er eine ähnliche Position absteckte.

In *Foreign Affairs* argumentierte er, dass China zwar "wirtschaftlich beeindruckender... als die Sowjetunion jemals war", aber Washington immer noch "einen stabilen Zustand der... Koexistenz zu Bedingungen erreichen könnte, die den Interessen und Werten der USA zuträglich sind." Obwohl

China eindeutig versuche, "sich als führende Weltmacht zu etablieren", fügte er hinzu, habe Amerika "immer noch die Fähigkeit, sich in diesem Wettbewerb mehr als zu behaupten", solange es Trumps "Weg der Selbstsabotage" vermeide.

Wie von einem so geschickten Höfling zu erwarten, deckten sich Sullivans Ansichten sorgfältig mit denen seines zukünftigen Chefs Joe Biden. In seinem außenpolitischen Hauptmanifest für den Präsidentschaftswahlkampf 2020 argumentierte der Kandidat Biden, dass die USA, um den Wettbewerb um die Zukunft gegen China zu gewinnen", ihren innovativen Vorsprung schärfen und die wirtschaftliche Macht der Demokratien auf der ganzen Welt vereinen müssen."

Alle diese Männer sind erfahrene Außenpolitiker mit einer Fülle an internationaler Erfahrung. Dennoch scheinen sie die geopolitischen Grundlagen für globale Macht, die Xi Jinping, wie Nasser vor ihm, so intuitiv zu begreifen schien, nicht zu kennen. Wie das britische Establishment in den 1950er Jahren sind diese amerikanischen Führer schon so lange an der Spitze der Welt, dass sie vergessen haben, wie sie dorthin gekommen sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war den Führern Amerikas im Kalten Krieg klar, dass ihre globale Macht, wie zuvor die Großbritanniens, von der Kontrolle über Eurasien abhängen würde. In den vorangegangenen 400 Jahren hatte jeder Mächtegegn-Welt hegemon darum gekämpft, diese riesige Landmasse zu beherrschen. Im 16. Jahrhundert hatte Portugal die Küsten des Kontinents mit 50 befestigten Häfen (feitorias) versehen, die sich von Lissabon bis zur Straße von Malakka (die den Indischen Ozean mit dem Pazifik verbindet) erstreckten, so wie Großbritannien im späten neunzehnten Jahrhundert die Wellen durch Marinebastionen beherrschte, die sich von Scapa Flow in Schottland bis nach Singapur erstreckten.

Während sich Portugals Strategie, wie in königlichen Dekreten festgehalten, auf die Kontrolle der maritimen Choke-Points konzentrierte, profitierte Großbritannien vom systematischen Studium der Geopolitik durch den Geographen Sir Halford Mackinder, der argumentierte, dass der Schlüssel zur globalen Macht in der Kontrolle über Eurasien und, weiter gefasst, einer trikontinentalen "Weltinsel", bestehend aus Asien, Europa und Afrika, lag. So stark diese Imperien zu ihrer Zeit auch waren, keine imperiale Macht hat ihre globale Reichweite durch die Eroberung der beiden axialen Enden Eurasiens vollständig perfektioniert - bis Amerika auf den Plan trat.

Der Kampf um die Kontrolle über Eurasien im Kalten Krieg

Während seines ersten Jahrzehnts als großer Hegemon der Welt am Ende des Zweiten Weltkriegs machte sich Washington ganz selbstbewusst daran, einen Apparat gewaltiger militärischer Macht aufzubauen, der es ihm erlauben würde, die sich ausbreitende eurasische Landmasse zu beherrschen. Mit jedem Jahrzehnt wurden Schicht um Schicht von Waffen und ein immer größeres Netzwerk von militärischen Bastionen kombiniert, um den Kommunismus hinter einem 5.000 Meilen langen Eisernen Vorhang "einzudämmen", der sich quer durch Eurasien wölbte, von der Berliner Mauer bis zur entmilitarisierten Zone bei Seoul in Südkorea.

Durch die Besetzung der besiegten Achsenmächte, Deutschland und Japan, nach dem Zweiten Weltkrieg ergriff Washington große und kleine Militärstützpunkte an beiden Enden Eurasiens. In Japan zum Beispiel besetzte sein Militär etwa 100 Einrichtungen vom Luftwaffenstützpunkt Misawa im hohen Norden bis zum Marinestützpunkt Sasebo im Süden.

Bald darauf, als Washington unter dem doppelten Schock eines kommunistischen Sieges in China und dem Beginn des Koreakrieges im Juni 1950 litt, verabschiedete der Nationale Sicherheitsrat NSC-68, ein Memorandum, das klarstellte, dass die Kontrolle Eurasiens der Schlüssel zu seinem globalen Machtkampf gegen den Kommunismus sein würde. "Die sowjetischen Bemühungen sind jetzt auf die Beherrschung der eurasischen Landmasse gerichtet", hieß es in diesem Gründungsdokument. Die U.S.A., so hieß es, müssen ihr Militär noch einmal erweitern, "um, wenn möglich, die sowjetische Expansion abzuschrecken und, wenn nötig, aggressive sowjetische oder von der Sowjetunion gesteuerte Aktionen zu besiegen."

Als sich das Budget des Pentagon in den frühen 1950er Jahren von 13,5 Milliarden Dollar auf 48,2 Milliarden Dollar vervierfachte, um diese strategische Mission zu erfüllen, baute Washington schnell eine Kette von 500 Militäranlagen rund um die Landmasse, von der massiven Ramstein Air Base in Westdeutschland bis zu den riesigen, ausufernden Marinebasen in Subic Bay auf den Philippinen und Yokosuka in Japan.

Diese Stützpunkte waren die sichtbare Manifestation einer Kette von gegenseitigen Verteidigungspakten, die sich über die gesamte Breite Eurasiens erstreckten, von der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) in Europa bis hin zum Sicherheitsvertrag ANZUS, an dem Australien, Neuseeland und die USA im Südpazifik beteiligt waren. Entlang der strategischen

Inselkette vor Asien, die als Pazifikküste bekannt ist, zementierte Washington schnell seine Position durch bilaterale Verteidigungspakte mit Japan, Südkorea, den Philippinen und Australien. Entlang des Eisernen Vorhangs, der mitten durch Europa verlief, standen 25 aktive NATO-Divisionen 150 Divisionen des Warschauer Pakts unter sowjetischer Führung gegenüber, die beide von Artilleriegeschwadern, Panzern, strategischen Bombern und atomar bewaffneten Raketen unterstützt wurden. Um die ausgedehnte Küste des eurasischen Kontinents zu überwachen, mobilisierte Washington riesige Flottenverbände, die durch atomar bewaffnete U-Boote und Flugzeugträger verstärkt wurden - die 6. Flotte im Mittelmeer und die gewaltige 7. Flotte im Indischen Ozean und im Pazifik. In den nächsten 40 Jahren führte Washingtons Geheimwaffe des Kalten Krieges, die Central Intelligence Agency (CIA), ihre größten und längsten verdeckten Kriege rund um den eurasischen Kontinent. Die CIA, die unerbittlich nach Schwachstellen jeglicher Art im chinesisch-sowjetischen Block suchte, führte in den frühen 1950er Jahren eine Reihe kleiner Invasionen in Tibet und Südwestchina durch, führte in den 1960er Jahren einen geheimen Krieg in Laos, indem sie eine 30.000 Mann starke Miliz der örtlichen Hmong-Dorfbewohner mobilisierte, und startete in den 1980er Jahren einen massiven, milliarden schweren verdeckten Krieg gegen die Rote Armee in Afghanistan. Während dieser vier Jahrzehnte wurden Amerikas einzige heiße Kriege ebenfalls am Rande Eurasiens geführt, um die Expansion des kommunistischen Chinas einzudämmen. Auf der koreanischen Halbinsel starben von 1950 bis 1953 fast 40.000 Amerikaner (und unzählige Koreaner) bei Washingtons Bemühungen, den Vormarsch nordkoreanischer und chinesischer Streitkräfte über den 38. In Südostasien starben von 1962 bis 1975 etwa 58.000 amerikanische Soldaten (und Millionen von Vietnamesen, Laoten und Kambodschanern) bei dem erfolglosen Versuch, die Expansion der Kommunisten südlich des 17ten Breitengrades zu stoppen, der Nord- und Südvietnam trennte.

Als die Sowjetunion 1990 implodierte (gerade als China sich in eine von der Kommunistischen Partei geführte kapitalistische Macht verwandelte), war das US-Militär zu einem globalen Giganten geworden, der rittlings auf dem eurasischen Kontinent stand, mit mehr als 700 Basen in Übersee, einer Luftwaffe mit 1.763 Düsenjägern, mehr als 1.000 ballistischen Raketen und einer Marine mit fast 600 Schiffen, darunter 15 nukleare Trägerkampfguppen - alle miteinander verbunden durch ein globales System von Satelliten für Kommunikation, Navigation und Spionage. Trotz seines Namens wurde der Globale Krieg gegen den Terror nach 2001 tatsächlich, wie schon der Kalte Krieg zuvor, am Rande Eurasiens geführt. Abgesehen von den Invasionen in Afghanistan und im Irak hatten die Air Force und die CIA innerhalb eines Jahrzehnts den südlichen Rand dieser Landmasse mit einem Netzwerk von 60 Basen für ihr wachsendes Arsenal an Reaper- und Predator-Drohnen umzingelt, das sich von der Sigonella Naval Air Station in Sizilien bis zur Andersen Air Force Base auf der Insel Guam erstreckte. Und dennoch, in dieser Serie von gescheiterten, nicht enden wollenden Konflikten, versagte die alte militärische Formel zur "Eindämmung", Begrenzung und Beherrschung Eurasiens zusehends. Der Globale Krieg gegen den Terror erwies sich in gewisser Weise als eine langwierige Version von Großbritanniens imperialem Suez-Desaster. Chinas eurasische Strategie

Nach all dem scheint es bemerkenswert, dass Washingtons derzeitige Generation außenpolitischer Führer, wie die britische in den 1950er Jahren, die Geopolitik des Imperiums - in diesem Fall Pekings weitgehend wirtschaftliches Streben nach globaler Macht auf derselben "Weltinsel" (Eurasien plus ein angrenzendes Afrika) - so blindlings ignoriert.

Es ist nicht so, als ob China eine geheime Strategie verbergen würde. In einer Rede an der Nasarbajew-Universität in Kasachstan im Jahr 2013 forderte Präsident Xi die Völker Zentralasiens typischerweise dazu auf, sich mit seinem Land zusammenzuschließen, um "engere wirtschaftliche Beziehungen zu schmieden, die Zusammenarbeit zu vertiefen und den Entwicklungsraum in der eurasischen Region zu erweitern." Durch Handel und Infrastruktur, die "den Pazifik und die Ostsee verbinden", könne diese riesige Landmasse, die von fast drei Milliarden Menschen bewohnt wird, "der größte Markt der Welt mit einem unvergleichlichen Potenzial" werden, sagte er. Dieses Entwicklungsprogramm, das bald den Namen "Belt and Road Initiative" tragen wird, wäre ein massiver Versuch, diese "Weltinsel" aus Afrika, Asien und Europa wirtschaftlich zu integrieren, indem weit mehr als eine Billion Dollar investiert werden - eine Summe, die zehnmal größer ist als der berühmte US-Marshall-Plan, der das verwüstete Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufbaute. Peking gründete auch die Asian Infrastructure Investment Bank mit einem beeindruckenden Kapital von 100 Milliarden Dollar und 103 Mitgliedsstaaten. In jüngster Zeit hat China mit 14 Partnern im asiatisch-pazifischen Raum den größten Handelsblock der Welt gebildet und gegen die heftigen

Einwände Washingtons ein ehrgeiziges Finanzdienstleistungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet.

Solche Investitionen, von denen fast keine militärischer Natur sind, förderten schnell die Bildung eines transkontinentalen Netzes von Eisenbahnen und Gaspipelines, die sich von Ostasien nach Europa, vom Pazifik zum Atlantik erstrecken und alle mit Peking verbunden sind. In einer auffälligen Parallele zu jener Kette von 50 befestigten portugiesischen Häfen aus dem 16. Jahrhundert hat Peking durch Kredite und Pachtverträge auch einen besonderen Zugang zu mehr als 40 Seehäfen erworben, die seine eigene moderne "Weltinsel" umfassen - von der Straße von Malakka über den Indischen Ozean, um Afrika herum und entlang der ausgedehnten europäischen Küstenlinie von Piräus, Griechenland, bis Zeebrugge, Belgien.

Mit seinem wachsenden Reichtum baute China auch eine Blauwasserflotte auf, die im Jahr 2020 bereits 360 Kriegsschiffe umfasste, unterstützt von landgestützten Raketen, Düsenjägern und dem zweiten globalen System von Militärsatelliten auf dem Planeten. Diese wachsende Streitmacht sollte die Speerspitze Chinas sein, um Washingtons Einkreisung Asiens zu durchbrechen.

Um die Kette amerikanischer Installationen entlang der Pazifikküste zu durchtrennen, hat Peking acht Militärbasen auf winzigen (oft ausgebaggerten) Inseln im Südchinesischen Meer errichtet und eine Luftverteidigungszone über einen Teil des Ostchinesischen Meeres verhängt. Es hat auch die langjährige Herrschaft der US-Marine über den Indischen Ozean herausgefordert, indem es seinen ersten ausländischen Stützpunkt in Dschibuti in Ostafrika eröffnete und moderne Häfen in Gwadar, Pakistan, und Hambantota, Sri Lanka, mit potenziellen militärischen Anwendungen baute.

Mittlerweile sollte die inhärente Stärke von Pekings geopolitischer Strategie für Washingtoner Außenpolitikexperten offensichtlich sein, wären ihre Einsichten nicht durch imperiale Hybris getrübt. Die unumstößliche Geopolitik der globalen Macht, die sich wie immer auf Eurasien konzentriert, ignorierend, bilden sich die Washingtoner Insider, die jetzt in der Biden-Administration an die Macht kommen, irgendwie ein, dass noch ein Kampf ausgefochten werden muss, ein Wettbewerb, ein Rennen, das geführt werden muss. Doch wie bei den Briten in den 1950er Jahren ist dieses Schiff vielleicht schon abgefahren.

Indem Peking die geopolitische Logik der Vereinigung der riesigen eurasischen Landmasse - auf der 70 Prozent der Weltbevölkerung leben - durch transkontinentale Infrastrukturen für Handel, Energie, Finanzen und Transport begriffen hat, hat es Washingtons einkreisende Armadas von Flugzeugen und Kriegsschiffen überflüssig und irrelevant gemacht.

Hätte Sir Halford Mackinder seinen 160. Geburtstag im letzten Monat noch erlebt, hätte er es vielleicht so ausgedrückt: Die USA haben Eurasien und damit die Welt 70 Jahre lang dominiert. Jetzt übernimmt China die Kontrolle über diesen strategischen Kontinent und die globale Macht wird sicherlich folgen.

Allerdings wird es dies auf alles andere als dem wiedererkennbaren Planeten der letzten 400 Jahre tun. Früher oder später wird Washington zweifelsohne die unumstößliche geopolitische Realität akzeptieren müssen, die der jüngsten globalen Machtverschiebung zugrunde liegt, und seine außenpolitischen und fiskalischen Prioritäten entsprechend anpassen müssen.

Diese aktuelle Version des Suez-Syndroms ist jedoch alles andere als das Übliche. Dank der langfristigen imperialen Entwicklung, die auf fossilen Brennstoffen basiert, verändert sich der Planet Erde selbst auf eine Weise, die für jede Macht gefährlich ist, egal wie imperial oder aufsteigend sie ist. Früher oder später werden also sowohl Washington als auch Peking erkennen müssen, dass wir uns in einer ausgesprochen gefährlichen neuen Welt befinden, in der in den kommenden Jahrzehnten ohne irgendeine Art von Koordination und globaler Zusammenarbeit zur Eindämmung des Klimawandels alte imperiale Wahrheiten jeglicher Art wahrscheinlich auf dem Dachboden der Geschichte in einem Haus, das uns allen um die Ohren fliegt, zurückbleiben werden.

Alfred W. McCoy, ein TomDispatch-Stammgast, ist Harrington-Professor für Geschichte an der Universität von Wisconsin-Madison. Er ist der Autor des kürzlich erschienenen Buches *In the Shadows of the American Century: The Rise and Decline of U.S. Global Power* (Dispatch Books). Sein neuestes Buch (das im Oktober bei Dispatch Books erscheinen wird) ist *To Govern the Globe: World Orders and Catastrophic Change*.

= Ende der maschin. Übersetzung=

+++++

Washington's Delusion of Endless World Dominion

March 23, 2021

By Alfred W. McCoy

Like the British establishment of the 1950s, current leaders of U.S. foreign policy have been on top of the world for so long that they've forgotten how they got there, writes Alfred W. McCoy.

Empires live and die by their illusions. Visions of empowerment can inspire nations to scale the heights of global hegemony. Similarly, however, illusions of omnipotence can send fading empires crashing into oblivion. So it was with Great Britain in the 1950s and so it may be with the United States today.

By 1956, Britain had exploited its global empire shamelessly for a decade in an effort to lift its domestic economy out of the rubble of World War II. It was looking forward to doing so for many decades to come. Then an obscure Egyptian army colonel named Gamal Abdel Nasser seized the Suez Canal and Britain's establishment erupted in a paroxysm of racist outrage. The prime minister of the day, Sir Antony Eden, forged an alliance with France and Israel to send six aircraft carriers to the Suez area, smash Egypt's tank force in the Sinai desert, and sweep its air force from the skies.

But Nasser grasped the deeper geopolitics of empire in a way that British leaders had long forgotten. The Suez Canal was the strategic hinge that tied Britain to its Asian empire — to British Petroleum's oil fields in the Persian Gulf and the sea lanes to Singapore and beyond. So, in a geopolitical masterstroke, he simply filled a few rusting freighters with rocks and sank them at the entrance to the canal, snapping that hinge in a single gesture. After Eden was forced to withdraw British forces in a humiliating defeat, the once-mighty British pound trembled at the precipice of collapse and, overnight, the sense of imperial power in England seemed to vanish like a desert mirage.

Two Decades of Delusions

In a similar manner, Washington's hubris is finding its nemesis in China's President Xi Jinping and his grand strategy for uniting Eurasia into the world's largest economic bloc. For two decades, as China climbed, step by step, toward global eminence, Washington's inside-the-Beltway power elite was blinded by its overarching dreams of eternal military omnipotence. In the process, from Bill Clinton's administration to Joe Biden's, Washington's China policy has morphed from illusion directly into a state of bipartisan delusion.

Back in 2000, the Clinton administration believed that, if admitted to the World Trade Organization, Beijing would play the global game strictly by Washington's rules. When China started playing imperial hardball instead — stealing patents, forcing companies to turn over trade secrets, and manipulating its currency to increase its exports — the elite journal *Foreign Affairs* tut-tutted that such charges had "little merit," urging Washington to avoid "an all-out trade war" by learning to "respect difference and look for common ground."

Within just three years, a flood of exports produced by China's low-wage workforce, drawn from 20 percent of the world's population, began shutting down factories across America. The AFL-CIO labor confederation then started accusing Beijing of illegally "dumping" its goods in the U.S. at below-market prices. The administration of George W. Bush,

however, dismissed the charges for lack of “conclusive evidence,” allowing Beijing’s export juggernaut to grind on unimpeded.

For the most part, the Bush-Cheney White House simply ignored China, instead invading Iraq in 2003, launching a strategy that was supposed to give the U.S. lasting dominion over the Middle East’s vast oil reserves. By the time Washington withdrew from Baghdad in 2011, having wasted up to \$5.4 trillion on the misbegotten invasion and occupation of that country, fracking had left America on the edge of energy independence, while oil was joining cordwood and coal as a fuel whose days were numbered, potentially rendering the future Middle East geopolitically irrelevant.

While Washington had been pouring blood and treasure into desert sands, Beijing was making itself into the world’s workshop. It had amassed \$4 trillion in foreign exchange, which it began investing in an ambitious scheme it called the Belt and Road Initiative to unify Eurasia via history’s largest set of infrastructure projects.

Hoping to counter that move with a bold geopolitical gambit, President Barack Obama tried to check China with a new strategy that he called a “pivot to Asia.” It was to entail a global military shift of U.S. forces to the Pacific and a drawing of Eurasia’s commerce toward America through a new set of trade pacts.

The scheme, brilliant in the abstract, soon crashed head-first into some harsh realities. As a start, extricating the U.S. military from the mess it had made in the Greater Middle East proved far harder than imagined. Meanwhile, getting big global trade treaties approved as anti-globalization populism surged across America — fueled by factory closures and stagnant wages — turned out, in the end, to be impossible.

Even Obama underestimated the seriousness of China’s sustained challenge to his country’s global power. “Across the ideological spectrum, we in the U.S. foreign policy community,” two senior Obama officials would later write, “shared the underlying belief that U.S. power and hegemony could readily mold China to the United States’ liking... All sides of the policy debate erred.”

Breaking with the Beltway consensus about China, Donald Trump would spend two years of his presidency fighting a trade war, thinking he could use America’s economic power — in the end, just a few tariffs — to bring Beijing to its knees.

Despite his administration’s incredibly erratic foreign policy, its recognition of China’s challenge would prove surprisingly consistent. Trump’s former National Security Advisor H.R. McMaster would, for instance, observe that Washington had empowered “a nation whose leaders were determined not only to displace the United States in Asia, but also to promote a rival economic and governance model globally.” Similarly, Trump’s State Department warned that Beijing harbored “hegemonic ambitions” aimed at “displacing the United States as the world’s foremost power.”

In the end, however, Trump would capitulate. By January 2020, his trade war would have devastated U.S. agricultural exports, while inflicting heavy losses on its commercial supply chain, forcing the White House to rescind some of those punitive tariffs in exchange for Beijing’s unenforceable promises to purchase more American goods. Despite a celebratory White House signing ceremony, that deal represented little more than a surrender.

Joe Biden’s Imperial Illusions

Even now, after these 20 years of bipartisan failure, Washington's imperial illusions persist. The Biden administration and its inside-the-Beltway foreign-policy experts seem to think that China is a problem like Covid-19 that can be managed simply by being the un-Trump. Last December, a pair of professors writing in the establishment journal *Foreign Affairs* typically opined that "America may one day look back on China the way they now view the Soviet Union," that is, "as a dangerous rival whose evident strengths concealed stagnation and vulnerability."

Sure, China might be surpassing the U.S. in multiple economic metrics and building up its military power, said Ryan Hass, the former China director in Obama's National Security Council, but it is not 10 feet tall. China's population, he pointed out, is aging, its debt ballooning, and its politics "increasingly sclerotic." In the event of conflict, China is geopolitically "vulnerable when it comes to food and energy security," since its navy is unable to prevent it "from being cut off from vital supplies."

In the months before the 2020 presidential election, a former official in Obama's State Department, Jake Sullivan, began auditioning for appointment as Biden's national security adviser by staking out a similar position.

In *Foreign Affairs*, he argued that China might be "more formidable economically... than the Soviet Union ever was," but Washington could still achieve "a steady state of... coexistence on terms favorable to U.S. interests and values." Although China was clearly trying "to establish itself as the world's leading power," he added, America "still has the ability to more than hold its own in that competition," just as long as it avoids Trump's "trajectory of self-sabotage."

As expected from such a skilled courtier, Sullivan's views coincided carefully with those of his future boss, Joe Biden. In his main foreign policy manifesto for the 2020 presidential campaign, candidate Biden argued that "to win the competition for the future against China," the U.S. had to "sharpen its innovative edge and unite the economic might of democracies around the world."

All these men are veteran foreign policy professionals with a wealth of international experience. Yet they seem oblivious to the geopolitical foundations for global power that Xi Jinping, like Nasser before him, seemed to grasp so intuitively. Like the British establishment of the 1950s, these American leaders have been on top of the world for so long that they've forgotten how they got there.

In the aftermath of World War II, America's Cold War leaders had a clear understanding that their global power, like Britain's before it, would depend on control over Eurasia. For the previous 400 years, every would-be global hegemon had struggled to dominate that vast land mass. In the 16th century, Portugal had dotted continental coastlines with 50 fortified ports (*feitorias*) stretching from Lisbon to the Straits of Malacca (which connect the Indian Ocean to the Pacific), just as, in the late 19th century, Great Britain would rule the waves through naval bastions that stretched from Scapa Flow, Scotland, to Singapore.

While Portugal's strategy, as recorded in royal decrees, was focused on controlling maritime choke points, Britain benefitted from the systematic study of geopolitics by the geographer Sir Halford Mackinder, who argued that the key to global power was control over Eurasia and, more broadly, a tri-continental "world island" comprised of Asia, Europe, and Africa. As strong as those empires were in their day, no imperial power fully perfected its global reach by capturing both axial ends of Eurasia — until America came on the scene.

The Cold War Struggle for Control over Eurasia

During its first decade as the globe's great hegemon at the close of World War II, Washington quite self-consciously set out to build an apparatus of awesome military power that would allow it to dominate the sprawling Eurasian land mass. With each passing decade, layer upon layer of weaponry and an ever-growing network of military bastions were combined to "contain" communism behind a 5,000-mile Iron Curtain that arched across Eurasia, from the Berlin Wall to the Demilitarized Zone near Seoul, South Korea.

Through its post-World War II occupation of the defeated Axis powers, Germany and Japan, Washington seized military bases, large and small, at both ends of Eurasia. In Japan, for example, its military would occupy approximately 100 installations from Misawa air base in the far north to Sasebo naval base in the south.

Soon after, as Washington reeled from the twin shocks of a communist victory in China and the start of the Korean war in June 1950, the National Security Council adopted NSC-68, a memorandum making it clear that control of Eurasia would be the key to its global power struggle against communism. "Soviet efforts are now directed toward the domination of the Eurasian land mass," read that foundational document. The U.S., it insisted, must expand its military yet again "to deter, if possible, Soviet expansion, and to defeat, if necessary, aggressive Soviet or Soviet-directed actions."

As the Pentagon's budget quadrupled from \$13.5 billion to \$48.2 billion in the early 1950s in pursuit of that strategic mission, Washington quickly built a chain of 500 military installations ringing that landmass, from the massive Ramstein air base in West Germany to vast, sprawling naval bases at Subic Bay in the Philippines and Yokosuka, Japan.

Such bases were the visible manifestation of a chain of mutual defense pacts organized across the breadth of Eurasia, from the North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Europe to a security treaty, ANZUS, involving Australia, New Zealand, and the U.S. in the South Pacific. Along the strategic island chain facing Asia known as the Pacific littoral, Washington quickly cemented its position through bilateral defense pacts with Japan, South Korea, the Philippines, and Australia.

Along the Iron Curtain running through the heart of Europe, 25 active-duty NATO divisions faced 150 Soviet-led Warsaw Pact divisions, both backed by armadas of artillery, tanks, strategic bombers, and nuclear-armed missiles. To patrol the Eurasian continent's sprawling coastline, Washington mobilized massive naval armadas stiffened by nuclear-armed submarines and aircraft carriers — the 6th Fleet in the Mediterranean and the massive 7th Fleet in the Indian Ocean and the Pacific.

For the next 40 years, Washington's secret Cold War weapon, the Central Intelligence Agency, or CIA, fought its largest and longest covert wars around the rim of Eurasia. Probing relentlessly for vulnerabilities of any sort in the Sino-Soviet bloc, the CIA mounted a series of small invasions of Tibet and southwest China in the early 1950s; fought a secret war in Laos, mobilizing a 30,000-strong militia of local Hmong villagers during the 1960s; and launched a massive, multibillion dollar covert war against the Red Army in Afghanistan in the 1980s.

During those same four decades, America's only hot wars were similarly fought at the edge of Eurasia, seeking to contain the expansion of Communist China. On the Korean Peninsula from 1950 to 1953, almost 40,000 Americans (and untold numbers of Koreans) died in Washington's effort to block the advance of North Korean and Chinese forces across the 38th parallel. In Southeast Asia from 1962 to 1975, some 58,000 American troops (and millions of Vietnamese, Laotians, and Cambodians) died in an unsuccessful attempt to stop the expansion of communists south of the 17th parallel that divided North and South Vietnam.

By the time the Soviet Union imploded in 1990 (just as China was turning into a Communist Party-run capitalist power), the U.S. military had become a global behemoth standing astride the Eurasian continent with more than 700 overseas bases, an air force of 1,763 jet fighters, more than 1,000 ballistic missiles, and a navy of nearly 600 ships, including 15 nuclear carrier battle groups — all linked together by a global system of satellites for communication, navigation, and espionage.

Despite its name, the Global War on Terror after 2001 was actually fought, like the Cold War before it, at the edge of Eurasia. Apart from the invasions of Afghanistan and Iraq, the Air Force and CIA had, within a decade, ringed the southern rim of that landmass with a network of 60 bases for its growing arsenal of Reaper and Predator drones, stretching all the way from the Sigonella Naval Air Station in Sicily to Andersen Air Force Base on the island of Guam. And yet, in that series of failed, never-ending conflicts, the old military formula for “containing,” constraining, and dominating Eurasia was visibly failing. The Global War on Terror proved, in some sense, a long-drawn-out version of Britain’s imperial Suez disaster.

China’s Eurasian Strategy

After all that, it seems remarkable that Washington’s current generation of foreign policy leaders, like Britain’s in the 1950s, is so blindingly oblivious to the geopolitics of empire — in this case, to Beijing’s largely economic bid for global power on that same “world island” (Eurasia plus an adjoining Africa).

It’s not as if China has been hiding some secret strategy. In a 2013 speech at Kazakhstan’s Nazarbayev University, President Xi typically urged the peoples of Central Asia to join with his country to “forge closer economic ties, deepen cooperation, and expand development space in the Eurasian region.” Through trade and infrastructure “connecting the Pacific and the Baltic Sea,” this vast landmass inhabited by close to three billion people could, he said, become “the biggest market in the world with unparalleled potential.”

This development scheme, soon to be dubbed the Belt and Road Initiative, would become a massive effort to economically integrate that “world island” of Africa, Asia, and Europe by investing well more than a trillion dollars — a sum 10 times larger than the famed U.S. Marshall plan that rebuilt a ravaged Europe after World War II. Beijing also established the Asian Infrastructure Investment Bank with an impressive \$100 billion in capital and 103 member nations. More recently, China has formed the world’s largest trade bloc with 14 Asia-Pacific partners and, over Washington’s strenuous objections, signed an ambitious financial services agreement with the European Union.

Such investments, almost none of a military nature, quickly fostered the formation of a transcontinental grid of railroads and gas pipelines extending from East Asia to Europe, the Pacific to the Atlantic, all linked to Beijing. In a striking parallel with that 16th century chain of 50 fortified Portuguese ports, Beijing has also acquired special access through loans and leases to more than 40 seaports encompassing its own latter-day “world island” — from the Straits of Malacca, across the Indian Ocean, around Africa, and along Europe’s extended coastline from Piraeus, Greece, to Zeebrugge, Belgium.

With its growing wealth, China also built a blue-water navy that, by 2020, already had 360 warships, backed by land-based missiles, jet fighters, and the planet’s second global system of military satellites. That growing force was meant to be the tip of China’s spear aimed at puncturing Washington’s encirclement of Asia.

To cut the chain of American installations along the Pacific littoral, Beijing has built eight military bases on tiny (often dredged) islands in the South China Sea and imposed an air

defense zone over a portion of the East China Sea. It has also challenged the U.S. Navy's long-standing dominion over the Indian Ocean by opening its first foreign base at Djibouti in East Africa and building modern ports at Gwadar, Pakistan, and Hambantota, Sri Lanka, with potential military applications.

By now, the inherent strength of Beijing's geopolitical strategy should be obvious to Washington foreign policy experts, were their insights not clouded by imperial hubris. Ignoring the unbending geopolitics of global power, centered as always on Eurasia, those Washington insiders now coming to power in the Biden administration somehow imagine that there is still a fight to be fought, a competition to be waged, a race to be run. Yet, as with the British in the 1950s, that ship may well have sailed.

By grasping the geopolitical logic of unifying Eurasia's vast landmass — home to 70 percent of the world's population — through transcontinental infrastructures for commerce, energy, finance, and transport, Beijing has rendered Washington's encircling armadas of aircraft and warships redundant, irrelevant.

As Sir Halford Mackinder might have put it, had he lived to celebrate his 160th birthday last month, the U.S. dominated Eurasia and thereby the world for 70 years. Now, China is taking control of that strategic continent and global power will surely follow.

However, it will do so on anything but the recognizable planet of the last 400 years. Sooner or later, Washington will undoubtedly have to accept the unbending geopolitical reality that undergirds the latest shift in global power and adapt its foreign policy and fiscal priorities accordingly.

This current version of the Suez syndrome is, nonetheless, anything but the usual. Thanks to long-term imperial development based on fossil fuels, planet Earth itself is now changing in ways dangerous to any power, no matter how imperial or ascendant. So, sooner or later, both Washington and Beijing will have to recognize that we are now in a distinctly dangerous new world where, in the decades to come, without some kind of coordination and global cooperation to curtail climate change, old imperial truths of any sort are likely to be left in the attic of history in a house coming down around all our ears.

Alfred W. McCoy, a *TomDispatch* regular, is the Harrington professor of history at the University of Wisconsin-Madison. He is the author most recently of *In the Shadows of the American Century: The Rise and Decline of U.S. Global Power* (Dispatch Books). His latest book (to be published in October by Dispatch Books) is *To Govern the Globe: World Orders and Catastrophic Change*.